Ein Modernisierungsschub

Karl Rihaczek

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Gibt es Strafwürdigeres als Verrat? Laut Dante¹ steckt auf dem Grunde des neunten, des allertiefsten Infernos im ewigen Eis der Gottesverräter Luzifer. Mit seinen drei Mäulern zermalmt er je einen der drei Erzverräter (Judas, Brutus und Cassius). Schlimmere Strafen hat Dante bei seiner Fahrt durch das Inferno nicht vorgefunden. Für ihn ist – möglicherweise auf Grund eigener Erfahrungen – der Verrat die übelste aller Sünden. Aber nicht nur für Dante ist das so. Verräter kommen auch sonst in der Achtung der Menschen schlecht weg. Verrat trifft die verrätene Gesellschaft ins Mark. Der Verräter stellt sich außerhalb seiner Gemeinschaft. Er findet auch nicht – wie z.B. der Spion – anderswo Unterkommen. Er ist isoliert und vogelfrei (d.h. unbeerdigt den Vögeln zum Fraß verblieben), allen anderen zur Abschreckung. Der Erzverräter Judas z.B. hatte sich mit den Hohenpriestern und Ältesten gemein gemacht und Jesus verraten. Am Tage danach bereute er es (Matth.27, 3,4). Nun suchte er die Gesellschaft seiner Kontaktleute. Sie wiesen ihn zurück. Er warf daraufhin seinen Verräterlohn in den Tempel und erhängte sich (in die Vogelfreiheit).

Auch schwächere Formen von Verrat – Anzeige, Denunziation, Intrige etc. – stehen negativ im Kurs. Sie haben mit dem Erzverrat gemein, dass sie von niemandem geschätzt werden, selbst nicht von denen, die daraus Vorteile ziehen. Verräter bleiben oft anonym. Das bewahrt sie vor Nachteilen. Nichtsdestoweniger gilt ein anonymes Verrat allein schon, weil der Verräter strafflos bleibt, als besonders verwerflich. Doch rechnet der Mensch zumeist nicht mit Verrat. Eine Gesellschaft geht davon aus, dass sich ihre Mitglieder loyal verhalten. Das gilt auch für das Loyalitätsverhältnis von Arbeitnehmer zu Arbeitgeber und umgekehrt.

Das führt zum Thema: Nach einigen amerikanischen Finanzskandalen zu Beginn dieses Jahrzehnts – etwa bei Enron oder Worldcom – verabschiedete der US-Con-

gress zur Stärkung der Corporate Governance der Aktiengesellschaft den Sarbanes Oxley Act (SOA). Dies ist ein Gesetz zum Schutz der Aktionäre insbesondere vor einem kriminellen Vorstand. So zielt es unter Sanktionsdrohungen auf das Board of Directors jedes in den USA börsennotierten Unternehmens, und richtet sich auch an Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte. Es regelt das Finanzberichtswesen neu, um Finanzmanipulationen verhindern oder möglichst rechtzeitig aufdecken zu können. Das Board of Directors des börsennotierten Unternehmens muss ein aus Board-Mitgliedern zusammengesetztes Audit Committee bestimmen, das für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften des SOA verantwortlich ist. Das Gesetz schafft ferner eine neue Aufsichtsbehörde für das Wirtschaftsprüfergewerbe, das Public Company Accounting Oversight Board PCAOB. Die Kontrolle über beides wird der amerikanischen Börsenaufsicht, der Securities and Exchange Commission, SEC aufgelegt. Das Gesetz gilt für alle an den US-Börsen gelisteten inländischen und ausländischen Unternehmen, sowie deren Tochterunternehmen. Es ist ab 30. Juli 2002 in Kraft. (Die SEC hatte den ausländischen Firmen einen inzwischen abgelaufenen Aufschub bis zum 15. Juli 2006 gewährt.)

Unter die Betroffenen fällt ein großer Teil der deutschen Wirtschaft, Firmen, die in Amerika börsennotiert sind, und Tochterunternehmen börsennotierter amerikanischer Firmen. Sie müssen sich nun an zwei unterschiedliche Rechtssysteme halten, die stellenweise miteinander konfliktieren. Damit haben sie ein Problem – insbesondere auch ein Datenschutzproblem – das die Praxis noch zu lösen hat.

Um aber auf Verrat und Loyalität zurückzukommen: Der Sarbanes Oxley Act greift auch diesbezüglich über das Übliche hinaus. Er beschränkt sich nicht darauf, ein verschärftes, hierarchisch geführtes Kontrollsystem einzurichten. Er sieht die Arbeitnehmer (employees) nicht lediglich als zu Kontrollierende, sondern erwartet ihre Bereitschaft, das Recht aktiv zu unterstüt-

zen. Title III, Corporate Responsibility, Sec.301, (4) verlangt vom Audit Committee (Board of Directors), Regeln aufzustellen, „(A) für den Empfang, die Speicherung und die Behandlung von Klagen, die das börsennotierte Unternehmen hinsichtlich des Rechnungswesens, dessen interner Kontrollen und der Rechnungsprüfung erhält, und (B) hinsichtlich vertraulicher und anonymer Eingaben durch Beschäftigte des börsennotierten Unternehmens bezüglich fragwürdiger Rechnungs- und Rechnungsprüfungsangelegenheiten“. Vereinfacht: Der Vorstand der Aktiengesellschaft muss seinen Arbeitnehmern sagen: Ihr sollt aufpassen, insbesondere auch auf uns. Wenn ihr meint, dass mit der Buchführung etwas nicht stimmt, sollt ihr es melden, vertraulich und anonym. Es kann euch danach nichts passieren, auch wenn ihr euch geirrt haben solltet.

Der Vorstand des börsennotierten Unternehmens muss also ein gegen sich gerichtetes Informationssystem einrichten, das seinen Dienst tut, ohne zu einer betrieblichen Denunziationskultur zu führen, ein Whistleblowing-System. Whistleblowing wird gerne dort eingesetzt, wo eine hierarchisch geführte Kontrolle unergiebig wäre oder nicht möglich ist (z.B. bei den Vereinten Nationen) Es ist insofern nichts neues.

Neu ist hingegen, liebe Leserinnen und Leser, dass ein solches System gegen denjenigen gerichtet ist, der es einsetzt. Es will die Loyalität des Arbeitnehmers mit der Firmenleitung, die ihm ja Arbeit und Brot gibt, schwächen. Statt dessen verlangt es von ihm Loyalität mit den Eigentümern, den Aktionären, seinen anonymen Konkurrenten um die Erträge seiner Arbeit. – Loyalität hin, Verrat her: Der Sarbanes Oxley Act gibt der Corporate Governance ein neues Gesicht; er bewirkt einen bemerkenswerten Modernisierungsschub.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Karl Rihaczek

¹ Dante Alighieri, Die göttliche Komödie, Entstehungszeit ca. 1307-21